

Niedersachsen

NIS2-Richtlinie umgesetzt

[04.11.2024] Niedersachsen setzt als eines der ersten Bundesländer die NIS2-Richtlinie der EU zur Cybersicherheit in der Verwaltung um. Die neue Verwaltungsvorschrift, die Benennung einer zuständigen Behörde für Cybersicherheit und die Einrichtung eines Notfallteams sollen die IT-Sicherheit in besonders kritischen Bereichen stärken.

Das niedersächsische Kabinett hat durch eine neue Verwaltungsvorschrift und die Festlegung des Innenministeriums als verantwortliche Cybersicherheitsbehörde die europäische NIS2-Richtlinie erfolgreich umgesetzt. Ergänzt wird dies durch das Niedersachsen-CERT als Computer-Notfallteam. Ziel ist es laut einer Meldung der [Staatskanzlei](#), die Sicherheit der Netz- und Informationssysteme in den besonders sensiblen Bereichen der Landesverwaltung signifikant zu erhöhen, die Resilienz der Verwaltung gegen Cyberbedrohungen zu stärken und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die digitale Verwaltung zu stärken.

Signal gegen Bedrohungen im digitalen Raum

Mit der nun erfolgten Entscheidung ist Niedersachsen eines der Vorreiterländer bei der Umsetzung der NIS2-Richtlinie. Die Richtlinie, die einheitliche Mindeststandards und Meldepflichten im Bereich der IT-Sicherheit vorsieht, wird nun auf Landesebene zur Anwendung gebracht. „Mit der Umsetzung der NIS2-Richtlinie setzen wir ein klares Signal zum Schutz unserer Verwaltung gegen digitale Bedrohungen. Ein hohes Sicherheitsniveau für Daten und Verwaltungsprozesse ist entscheidend, um das Vertrauen in eine zuverlässige und sichere Verwaltung zu bewahren“, sagt die niedersächsische Innenministerin Daniela Behrens. Sie kündigte darüber hinaus an, dass klare Standards und eine stärkere Zusammenarbeit die Widerstandsfähigkeit kritischer Behörden deutlich verbessern werden.

Strategie auf höchster Ebene und ständige Weiterentwicklung

Im September 2024 hatte die niedersächsische Landesregierung eine umfassende Cybersicherheitsstrategie [verabschiedet](#). Angesichts aktueller geopolitischer Spannungen und der zunehmenden Professionalisierung von Cyberangriffen sei laut Ministerin Behrens die kontinuierliche Weiterentwicklung der Sicherheitsmaßnahmen unerlässlich. Nur durch schnellere Meldewege, optimierte Incident-Response-Pläne und gezielte Schulungen für Mitarbeitende könne die Cybersicherheit gewährleistet werden. Mit den nun angeschobenen Maßnahmen will Niedersachsen unterstreichen, dass Cybersicherheit in der Verwaltung höchste Priorität hat und kontinuierlich gestärkt wird, um auf künftige Bedrohungen vorbereitet zu sein.

(sib)

Stichwörter: IT-Sicherheit, Politik, EU-Richtlinie NIS2, Gesetzgebung, IT-Sicherheit, Niedersachsen